

seine Unternehmen derart stark durch den sogenannten Klimaschutz, wie Sie das hier in Deutschland tun. Die Klimaschutzpolitik und Ihre Ökopolitik sind zudem im Kern eine asoziale Politik; denn bezahlen muss es am Ende – ja, Herr Rehbaum – der Malocher, der jeden Morgen aufsteht und zur Arbeit fährt.

Ziehen wir doch einmal eine Bilanz dieser Politik: Vor 20 Jahren lag der Strompreis bei 16 Cent. Jetzt liegt er bei 30 Cent – er hat sich verdoppelt! Vor 20 Jahren waren Diesel und Benzin halb so teuer: 1 Liter Diesel kostete 58 Cent, jetzt 1,30 Euro.

Und wie sieht im Gegenzug die Entlastung der Bürger aus? – Die Pendlerpauschale lag 1998 bei 36 Cent, jetzt bei 30 Cent – das ist ein Minus von 15 %. Mineralölsteuer und EEG-Steuer pressen mit samt der dazugehörigen Mehrwertsteuer jährlich 80 Milliarden Euro aus unseren Bürgern. Das ist für jeden Bürger rein rechnerisch 1.000 Euro pro Jahr. Das heißt, eine vierköpfige Familie wird rechnerisch jedes Jahr mit 4.000 Euro zur Kasse gebeten. Ist das die Politik der sozialen Gerechtigkeit?

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Ich finde, nicht. Aber das scheint seit Langem gar nicht mehr Ihr Ziel zu sein. Sie wollen sich stattdessen auf Kosten unserer Bürger, unserer Steuerzahler als Retter des Klimas aufspielen. Diese Politik hat aber auch ihre Grenzen. In Frankreich zeigen das gerade 280.000 Franzosen, die gegen solch eine Politik auf die Straße gehen.

(Beifall von der AfD)

Wir sind zuversichtlich, dass sich unsere Deutschen die Politik der Altparteien auch nicht mehr allzu lange gefallen lassen. Wir zeigen mit unserem Antrag, dass es Lösungsmöglichkeiten gibt. Damit können die Bürger sehen, dass wir einen Politikwechsel wollen und auch durchführen möchten. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/4295** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** – federführend –, den **Verkehrsausschuss** sowie den **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**. Die abschließende Abstimmung findet im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung statt. Wer stimmt dem zu? – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Zustimmung zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (17. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4220

erste Lesung

Herr Ministerpräsident Laschet hat seine **Einbringungsrede zu Protokoll** gegeben. Eine weitere Aussprache ist hier nicht vorgesehen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 17/4220** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Hauptausschuss**. Ist jemand dagegen? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Dann ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

6 Zweites Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4303

erste Lesung

Herr Minister Dr. Stamp hat seine **Einbringungsrede zu Protokoll** gegeben. Eine weitere Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir können also gleich abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 17/4303** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Also, alle sind für die Überweisung. Dann wird auch das passieren.

7 Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4304

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs macht sich der für die Landesregierung zuständige Verkehrsminister Herr Wüst auf den Weg ans Pult. – Bitte schön.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist 21:13 Uhr – ganz, ganz bald geht dieser Plenartag zu Ende. Ich will Ihnen aber nicht das große Finale, den Höhepunkt, vorenthalten – die Einbringung der Änderung des Straßen- und Wegegesetzes.

Dieses Gesetz hat zwei Ziele: die Vereinfachung und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und den Ausbau von Carsharing.

Wir wollen den notwendigen Infrastrukturausbau schneller planen und deshalb die Verfahren beschleunigen. Die Infrastrukturen im Land haben es dringend nötig. Straßen, Schienen, Binnengewässer sind zu eng, zu klein und an vielen Stellen marode.

Wir haben in einer anderen Debatte des heutigen Tages festgestellt, dass es in der Vergangenheit am politischen Willen gefehlt hat, all diese Dinge zu beheben. Das manifestiert sich auch in manchen viel zu langwierigen Verfahrensschritten. Wir investieren in den kommenden Jahren Rekordsummen für Instandhaltung und Ausbau unserer Infrastrukturen.

Geld ist jedoch nicht alles. Wir schaffen auch eine Menge Personal. Ich möchte, dass dieses Personal so effizient arbeitet wie nur möglich. Deshalb unterstützen wir beispielsweise die Planungsbeschleunigungsvorhaben des Kollegen Andi Scheuer. Wir haben aber auch die Aufgabe, unsere Möglichkeiten zu nutzen. Deshalb gibt es jetzt eine Novelle des Straßen- und Wegegesetzes.

Wir wollen in Zukunft auf die formale Linienbestimmung bei Radschnellwegen und Ortsumgehungen verzichten. Wir wollen, dass in Zukunft die aufschiebende Wirkung entfällt, wenn Landesstraßenprojekte beklagt werden. Es wird also keine aufschiebende Wirkung von Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss von Landesstraßen mehr geben. Im Bundesrecht gilt das bereits. Wir wollen das jetzt auch landesweit einführen. Für die Feinschmecker: Sie finden das in § 38a (neu).

Der zweite Schwerpunkt der Novelle ist das Thema „Carsharing“. Wir versetzen die Kommunen rechtssicher in die Lage, künftig auch im innerstädtischen Bereich Parkplätze für Carsharing auszuweisen. Das soll dabei helfen, dass Menschen ganze Wegekettchen über verschiedene Verkehrsträger buchen, und es soll den Kommunen ermöglichen, dazu einen Beitrag zu leisten und neue innovative Mobilitätsformen anzubieten.

Ich freue mich, darüber mit Ihnen gemeinsam hier im Hohen Haus zu beraten. – Vielen herzlichen Dank und einen schönen Feierabend, wenn er gleich kommt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Aber nur, wenn er gleich kommt, Herr Minister.

(Minister Hendrik Wüst: Nur, wenn er gleich kommt!)

Danke für Ihre Einbringung. Wir haben das zur Kenntnis genommen. Eine weitere Aussprache ist nicht vorgesehen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Geszentwurfs Drucksache 17/4304** an den **Verkehrsausschuss**. Will das jemand nicht? – Nein. Enthaltungen? – Nein. Dann ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

8 Organstreitverfahren von 7 Abgeordneten des Landtags NRW gegen die Landesregierung wegen Verletzung des Frage- und Informationsrechts von Abgeordneten

VerfGH 5/18

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 17/4319

Hier ist keine Aussprache vorgesehen.

Wir kommen also zur Abstimmung. Der Rechtsausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4319, dem Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof derzeit nicht beizutreten. Wir kommen somit zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung Drucksache 17/4319**. Wer stimmt dieser zu? – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Letzteres ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

9 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2. Quartal des Haushaltsjahres 2018

Vorlage 17/1200

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4141

Hier ist keine Aussprache geplant. Deshalb können wir sofort abstimmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4141 die in der Vorlage 17/1200 beantragte Genehmigung zu erteilen. Wer tritt dem bei? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Letzteres ist nicht der Fall. Damit ist die **Vorlage 17/1200** einstimmig **angenommen** und die **beantragte Genehmigung erteilt**.